

Der Blick von außen ist fordernd und erwartungsvoll

Wie osteuropäische Diplomaten die Bundesrepublik Deutschland sehen und was sie sich von ihr erhoffen / Von Professor Dr. Gregor Schöllgen, Erlangen

Nichts ist mehr, wie es war: Kalter Krieg, Blockbildung und mit ihnen die alten Feindbilder gehören der Vergangenheit an. Die Gegner von gestern finden sich in einem Boot wieder, unvermittelt und ohne jede Vorbereitung. Die neue Situation ist gewöhnungsbedürftig, aber für das Sichkennnenlernen mangelt es an Gelegenheiten, an Geld und vor allem an Zeit.

Dabei ist die Lage brisant. Krieg und Bürgerkrieg, Hunger und Vertreibung gehören wieder zur alltäglichen Realität in Europa, und niemand weiß, ob und wann der westliche Teil des Kontinents, der sich sicher und innerlich gefestigt wähnte, von den Druckwellen der tektonischen Erschütterungen in Südost-, Ostmittel- und Osteuropa erfaßt werden wird. Der Westen ist gefordert, mehr denn je seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und unter Aufbietung aller verfügbaren Ressourcen. Die beschauliche Zufriedenheit, mit der gerade die Westdeutschen durch den Kalten Krieg prosperierten, ist vorbei.

Aber was tun? Guter Wille ist vorhanden, doch der reicht nicht. Finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung wird gewährt, von Anfang an und in überdurchschnittlichem Umfang vor allem von der Bundesrepublik. Daß selbst diese bachtlichen deutschen Anstrengungen kaum mehr als ein Tropfen auf dem heißen Stein sein können, ist eine bittere Erkenntnis. Ob es sinnvoll ist, die Gewährung solcher Hilfe von der Etablierung einer funktionierenden Demokratie und Marktwirtschaft nach westlichem Muster abhängig zu machen, ist zweifelhaft. Es müssen geeignete Übergangsformen gefunden und praktiziert werden, die den historischen Ausgangsbedingungen des östlichen Europa Rechnung tragen.

So wie es aussieht, ist dort vor allem eine Form der Unterstützung gefragt: der kompetente Rat auf allen Gebieten, auch gerade der deutsche. Er kann auf verschiedene Weise gewährt werden, durch Arbeit am Ort, also in den Unterstützung suchenden Staaten Osteuropas selbst, oder durch Anleitung, Schulung, Unterricht, Information jeder Art in Deutschland.

Ein bescheidener Beitrag zur Überwindung von Hilflosigkeit

Beide Wege hat von Anfang an jene Behörde beschritten, deren Aufgabe die Pflege der Beziehungen zum Ausland ist. Im vergangenen Jahr führte das Auswärtige Amt erstmals auch ein Ausbildungsprogramm für junge Diplomaten aus Mittel- und Osteuropa durch; 14 Staaten entsandten damals Vertreter. Die Nachfrage ist erheblich. In diesem Jahr wurden daher zwei Kurse angeboten. Die erste Gruppe, die in diesen Wochen Gast des Auswärtigen Amtes ist, wird von Diplomaten aus immerhin 23 Staaten gestellt. Vertreter sind nicht nur die meisten Staaten Mittel- und Osteuropas, sondern auch einige der asiatischen Nachfolgerepubliken der Sowjetunion.

Manche Staaten sind so jung, daß ihre Namen einer breiten Öffentlichkeit im westlichen Europa noch kaum geläufig sind. Wer kann schon auf Anhieb alle Nachfolgerepubliken der ehemaligen Sowjetunion nennen? Einige waren nie zuvor souveräne Staaten, andere knüpfen nach einem halben Jahrhundert an eine kurze Periode der Unabhängigkeit in den zwanziger und dreißiger Jahren an. Vertreten

sind in diesem Falle Armenien, die Russische Föderation, Litauen, Moldava, Kroatien, Estland, Rumänien, Albanien, die Tschechische Republik, Polen, die Slowakei, Aserbaidschan, die Ukraine, Kyrgistan, Kasachstan, Weißrußland, Usbekistan, Turkmenistan, die Mongolei, Lettland, Ungarn, Bulgarien und schließlich das noch nicht offiziell anerkannte Mazedonien.

Betreut von Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes, tagen sie in einem ehemaligen Gästehaus der DDR-Regierung im Berliner Treptower Park, das für diesen Zweck in eine Außenstelle der Bonner Behörde umgewandelt wurde. Die „Grundzüge demokratischer Praxis“ stehen ebenso auf dem Ausbildungsprogramm des viermonatigen Kurses wie Wirtschaftspolitik, Völkerrecht, Geschichte und Gegenwart der internationalen Beziehungen oder eine Hospitantz in der Bonner Zentrale. Wer hätte das vor vier Jahren für möglich gehalten?

Die Erfolge eines solchen Unternehmens sind schwer meßbar. Einige werden sich erst in der Zukunft zeigen, andere liegen auf der Hand und sind in der täglichen Arbeit greifbar. Wie ohnmächtig fühlen wir uns angesichts der Bilder aus den Kriegs-, Bürgerkriegs- und Krisengebieten des ehemaligen Jugoslawien oder der vormaligen Sowjetunion. Daß die Bundesrepublik Vertretern aus Rußland und der Ukraine, aus Armenien und Aserbaidschan für einige Wochen die Möglichkeit gibt, sich an neutralem Ort und an einem Tisch über die alte Lage und die neuen Wege zu informieren, zu unterhalten und gelegentlich auch heftig zu streiten, ist ein bescheidener Beitrag zur Überwindung der eigenen Hilflosigkeit – nicht mehr, aber eben auch nicht weniger.

Selbstverständlich ist das Berliner Projekt nicht nur eine selbstlose Veranstaltung. Die Chance, exemplarisch die Vorstellungen und Erwartungen kennenzulernen, mit denen einige hundert Millionen Menschen die Bundesrepublik beobachten, ist ebenso enorm wie die Möglichkeit, diese unter Umständen zu korrigieren beziehungsweise zu modifizieren. Fast alle Teilnehmer geben nach einigen Wochen zu erkennen, daß sie die wirtschaftlichen, politischen, mental-emotionalen, auch militärischen Möglichkeiten Deutschlands in dieser Phase der Neu- und Desorientierung anders, realistischer einschätzen als zuvor. Das ist viel.

Namentlich in einem Punkt behält allerdings das Bild, mit dem man kam, im wesentlichen seine Konturen, und zwar bei der Einschätzung von Deutschlands neuer Lage, Rolle und Verantwortung in Europa und in der Welt. Was zur Kenntnis zu nehmen hierzulande immer noch schwerfällt, gilt für diese Beobachter der neuen Realitäten als ausgemacht: Angesichts des raptischen Zerfalls der alten Strukturen im östlichen Teil des Kontinents, den sie aus eigener Anschauung kennen, und des entsprechend wachsenden Gewichts der Bundesrepublik auf fast allen Gebieten, das sie durch den Augenschein bestätigt finden, steht für die meisten dieser Diplomaten außer Frage, daß Deutschland längst wieder eine „große europäische Macht“ mit globalem Gewicht ist.

Daß es sich dabei nicht um eine Großmacht handelt, die sich über die klassischen Kriterien der Zeit des Kalten Krieges definiert, ist den Beobachtern aus den Staaten des vormaligen Warschauer Pak-

tes und namentlich der ehemaligen Sowjetunion schon deshalb bewußt, weil gerade sie lange mit diesen traditionellen Denkmustern gelebt haben. Aber mit dem Ende des Kalten Krieges befindet sich dessen gesamtes Ordnungsgefüge in einer Phase der Transformation, wandeln sich mithin auch die Koordinaten, durch die eine Großmacht verortet wird: Mit der Auflösung der Sowjetunion wurden zugleich drei neue Atommächte geboren. In dem Maße, in dem immer mehr Staaten gerade der Dritten Welt sich der Schwelle zur Atomkraft nähern und in dem der nukleare Besitz damit seine Exklusivität verliert, nimmt dessen Bedeutung für die Stellung

winnen diese Faktoren in dem Maße weiter relativ an Gewicht, in dem sich der Prozeß der politischen und territorialen Atomisierung in Südost- und Osteuropa fortsetzt. Die Vertreter der Nachfolgestaaten Jugoslawiens, der Sowjetunion oder auch der Tschechoslowakei wissen, wovon sie sprechen. Hinzu kommen eine enorme Wirtschaftskraft, eine der stärksten Währungen der Welt, ein hoher Bildungsstand, eine vergleichsweise intakte Umwelt und eine gut organisierte, schlagkräftig wirkende Armee.

Schließlich besitzt Deutschland für ein potentes Riesengeheer verfolgter, hungriger, heimatloser Menschen sowie für

Daß sich mit diesem Befund klare Vorstellungen, Hoffnungen und auch Erwartungen verbinden, ist wenig überraschend. Werden sie artikuliert, und das in Verbindung mit der Schilderung der Lage im jeweils eigenen Land, dann wird deutlich, wie abwegig die deutschen Diskussionen über eine Änderung der Verfassung sind, sofern sie ganz offenkundig die Funktion erfüllen, die längst überfälligen politischen Entscheidungen zu vertagen und sich in der gefährlich lähmenden Ohnmacht einzurichten. „Die Konflikte warten nicht ab“, so schrieb Bundesaußenminister Kinkel in dieser Zeitung, „bis wir soweit sind, und sie laufen nicht so

sind. Daß das „Gespenst des deutschen Militarismus“ auch von der nachfolgenden Generation mahndend erwähnt und als schwerwiegender Einwand gegen den Einsatz deutscher Bodentruppen etwa im vormaligen Jugoslawien formuliert wird, ist verständlich. Das gilt ebenso für die Frage, ob es sich bei den Ausbrüchen des Fremdenhasses um vereinzelte Phänomene handle oder ob sich Vereinzelt abermals zu organisierter Gewalt verdichten könne.

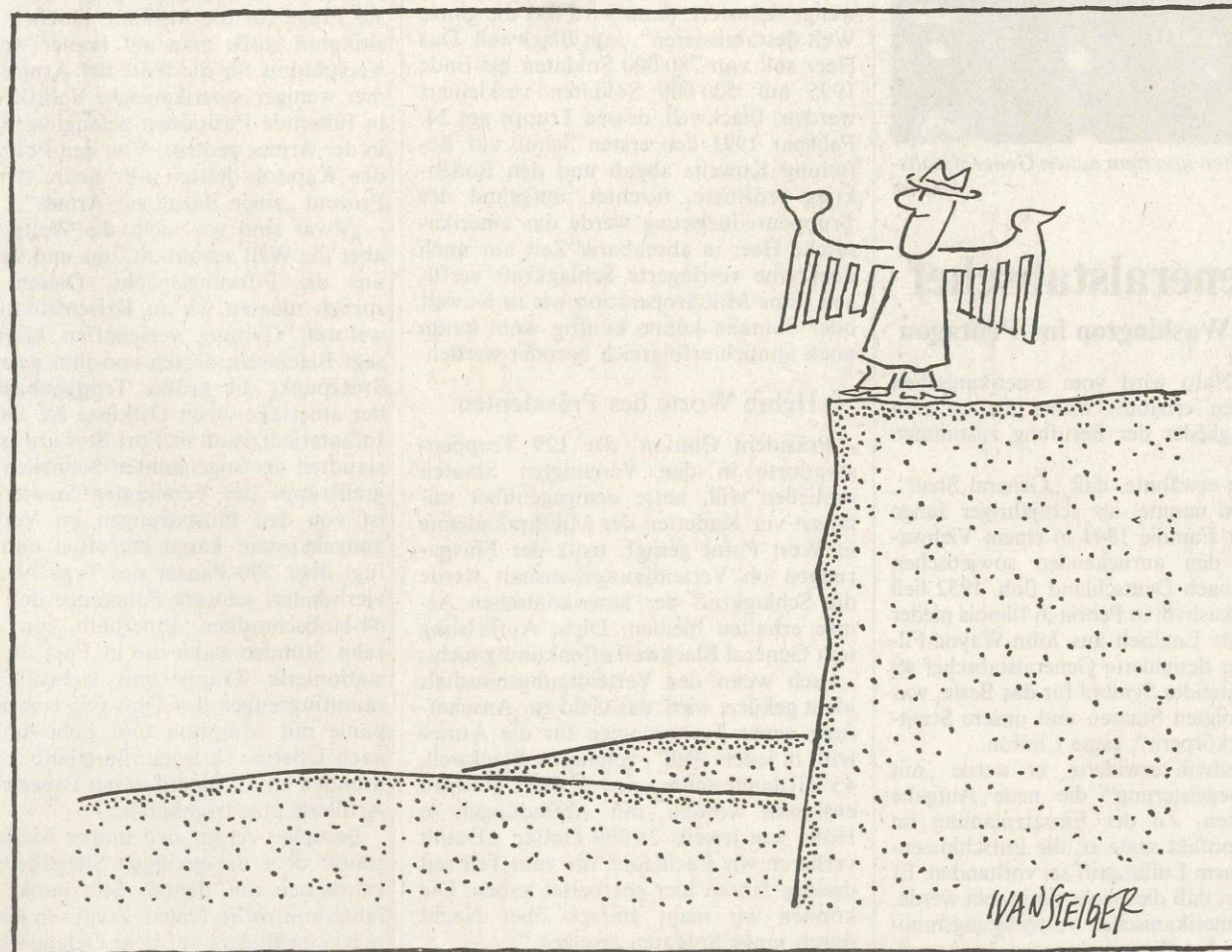
Und dennoch oder ebendeshalb: Gerade die Menschen der krisengeschüttelten Staaten Ost- und Südosteuropas haben keinen Zweifel, daß das Schicksal des Kontinents nicht zuletzt von der Fähigkeit und dem Willen des Landes in der „Mitte Europas“ abhängt, mit seiner neuen Macht verantwortlich umzugehen. Dazu gehört die Bereitschaft der Bundesrepublik, diese Macht, im äußersten Notfall auch ihre militärische, im Rahmen kollektiver Aktionen der Völkergemeinschaft einzusetzen. Die unmißverständlich artikulierte Aufforderung an die Deutschen, sich aus dem „Schatten der Vergangenheit“ zu lösen und ihre „Angst vor der Macht“ zu bewältigen, verschlägt dem deutschen Teilnehmer in der Runde die Sprache. Dann aber wird klar, daß Not Menschen zu Realisten macht. In dieser Hinsicht sind uns unsere näheren und ferneren östlichen Nachbarn weit voraus. Sie kennen Krieg, Hunger und Vertreibung aus der unmittelbaren, alltäglichen Anschauung, sie wissen, daß wegen der krisenhaften Entwicklung in ihren Ländern das Boot Europa, in dem wir alle sitzen, leckgeschlagen ist, und sie sehen ebendeshalb klarer als wir, daß im Augenblick nur der westliche Teil des Kontinents die Ressourcen, die Kraft und die Macht hat, das Leck zu stopfen.

Was die Nachbarn von Deutschland erwarten

Das gilt übrigens auch für die enormen Summen, die aufzubringen sind für die Vernichtung der Atomwaffen auf den Territorien Rußlands, Weißrußlands, Kasachstans und der Ukraine, und zwar sowohl der taktischen – mehr als 20000 an der Zahl – als auch der strategischen. Solange es letztere gibt, bleibt auch das westliche Europa potentiell bedroht. Die Start-Verträge über ihren Abbau können, selbst wenn sie von allen Beteiligten ratifiziert und in Kraft gesetzt sind, nur ein Anfang sein. Niemand vermag heute zu garantieren, daß diese Waffen nicht morgen in die falschen Hände gelangen werden. Selbst eine nationalistisch-kommunistische Renaissance etwa in Rußland und eine Rückkehr zur Konfrontation ist nicht grundsätzlich auszuschließen. Darauf hat Präsident Jelzin bei verschiedenen Gelegenheiten in jüngster Zeit immer wieder hingewiesen.

Alle sind gefordert, auch die Deutschen. Unsere östlichen Nachbarn, und nicht nur sie, erwarten von uns eine klar konzipierte, unmißverständlich formulierte und verantwortlich verwirklichte Politik, die dem neuen Status Deutschlands als europäischer Großmacht entspricht.

* Der Verfasser lehrt Neuere Geschichte an der Universität Erlangen und ist im Rahmen der historischen Ausbildung der hier beschriebenen Kurse tätig. Er ist Autor des Buches „Angst vor der Macht. Die Deutschen und ihre Außenpolitik“.



der Staaten in der Völkergemeinschaft ab. Vergleichbares gilt auf mittlere Sicht für die ständigen Sitze im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, deren Zahl sich erhöhen dürfte. Daß Deutschland einen solchen einnehmen müsse, gilt den meisten Vertretern der 23 Staaten als ausgemacht.

Wenn sie heute, unter den veränderten Bedingungen der Zeit nach der Blockbildung, von Deutschland als einer Großmacht sprechen, so spielen die Statussymbole des Kalten Krieges eine deutlich untergeordnete Rolle. Vielmehr wird nüchtern registriert, daß der deutsche Nationalstaat in der kurzen Zeit seiner Existenz, die von Bismarck begründet und von Hitler ruiniert wurde, immer auch eine Großmacht war. Wenn sich der Status eines solchen Landes ändert, handelt es sich zwangsläufig um etwas anderes als um die Korrektur von Zahlen, Daten und Bilanzen in den Statistiken des Kontinents. Dabei sind schon diese, wie gerade der Blick von außen zeigt, beeindruckend genug: Die Bevölkerungszahl der Bundesrepublik ist nach der Vereinigung im europäischen Vergleich überdurchschnittlich hoch, ihre territoriale Größe ist erheblich. Zudem ge-

eine zunehmende Zahl krisengeschüttelter Staaten, auch des östlichen Europa, eine beträchtliche Attraktivität. Das hat vor allem mit der wirtschaftlichen Stärke und dem relativen Wohlstand zu tun, aber zum Beispiel auch mit der Verbreitung der deutschen Sprache in Ost- und Ostmitteleuropa. Auch diese Attraktivität bedeutet Macht und verlangt eine besondere Verantwortung. Über den Befund, daß in nicht allzu ferner Zukunft das Riesengeheer Wirklichkeit werden und sich auf den Weg machen könnte, sind sich die Vertreter der Länder, in denen es sich aufbaut, ebenso einig wie über dessen Ziel: Es wird das nächste Land jenseits der Grenze politischen, wirtschaftlichen und sozialen Elends sein.

Natürlich sieht man am Ort klarer als aus der Ferne, wie schwer sich Deutschland in praktisch jeder Hinsicht und zumal im Angesicht einer tiefgreifenden Rezession mit seiner unerwarteten Vereinigung und ihren Konsequenzen tut. Aber gemessen an den Krisen, Kriegen und Katastrophen, in denen sich die meisten Länder befinden, aus denen die Diplomaten kommen, geht es den Deutschen gut.

harmlos und berechenbar ab, wie es sich einige gerne ausmalen würden. Wir müssen jetzt unsere Fähigkeit zur Normalität nach innen und außen unter Beweis stellen, wenn wir politisch nicht schwer Schaden nehmen wollen.“

Nach ihrer persönlichen Meinung gefragt, ob sich die Bundesrepublik grundsätzlich auch dann an solchen kollektiven Aktionen beteiligen solle, die sich aus ihrer Zugehörigkeit zu den Systemen kollektiver Sicherheit und Selbstverteidigung ergeben, wenn diese Einsätze militärischer Natur sind, antwortete die überwältigende Mehrheit der Diplomaten mit einem eindeutigen Ja. Hintergrund waren die Diskussionen über den Verbleib der deutschen Besatzungen auf den Awacs-Maschinen im Falle ihres Einsatzes zur Durchsetzung des von den Vereinten Nationen verhängten Flugverbots über Bosnien-Herzegowina.

Man muß wissen, daß diese Männer und Frauen in der Regel aus Ländern kommen, die in der ersten Hälfte des Jahrhunderts zweimal von deutschen oder mit diesen verbündeten Truppen besetzt und dann vom rassenideologischen Vernichtungswahn Hitlers heimgesucht worden